Grußwort: Clara Bünger MdB

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn eine rechtsautoritäre Partei die Macht übernimmt. Das war der Ausgangspunkt für «Recht Solidarisch». Deshalb haben sich Jurist*innen und Expert*innen für Rechtsextremismus, gemeinsam mit Initiativen vor Ort aus Sachsen-Anhalt, zusammengetan. Klar war, dass ein ganz konkreter Beitrag geleistet werden sollte, um auf rechtliche Auseinandersetzungen vorbereitet zu sein. Gerade gegenüber Frauen*, marginalisierten Menschen und all denen, die wegen ihres demokratischen Engagements ins Visier geraten, haben wir eine Verantwortung. Es ist wichtig, nicht erst zu reagieren, wenn die ersten Maßnahmen umgesetzt werden, sondern vorher zu wissen, wie wir gemeinsam und solidarisch dagegen vorgehen können, wenn es passiert. Eine solche Basis zu schaffen ist mit «Recht Solidarisch» gelungen.

Ein Vorbild war dabei die US-Bürgerrechtsorganisation ACLU. Sie hatte sich gezielt auf eine zweite Amtszeit Donald Trumps vorbereitet und rechtliche Gegenstrategien für angekündigte Maßnahmen entwickelt. Als Trump am Tag seiner Vereidigung ein Dekret unterzeichnete, das bestimmten in den USA geborenen Kindern abhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern die Staatsbürgerschaft vorenthalten sollte, reichte die ACLU gemeinsam mit anderen Organisationen noch am selben Tag Klage ein. So schnell reagieren konnte sie, weil sie sich lange vorher mit dem Szenario auseinandergesetzt hatte: Was passiert, wenn Trump wieder Präsident wird?

Das heißt nicht, dass wir einen Wahlsieg der AfD für unausweichlich gehalten oder vorher aufgegeben hätten. Wir haben für einen anderen Ausgang gekämpft. Die Vorbereitung sind wir den Betroffenen rechter Politik trotzdem schuldig, zumal viele Menschen und Initiativen schon heute unter erheblichem Druck stehen: Schutzsuchende sind etwa mit diskriminierendem Behördenverhalten konfrontiert, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wird die Förderung entzogen und beide sind mit Angriffen konfrontiert. Ihre Erfahrungen und Fragen waren der Ausgangspunkt für dieses Projekt: Was können sie tun, wenn Förderungen gestrichen werden oder ihnen wegen ihres Engagements Konsequenzen drohen, was können Menschen gegen autoritäres Handeln rechtlich tun?

Diese Fragen wurden juristisch bearbeitet und Hinweise auf Anlaufstellen zusammengestellt, damit vor allem die Menschen vor Ort damit arbeiten können. Durch die Zusammenarbeit entstehen auch Kontakte, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn jemand Unterstützung braucht.

Für mich ist das ein konkreter Ansatz, uns gemeinsam mit Menschen, Initiativen und Berufsgruppen gegen den autoritären Umbau zu organisieren. Keine einzelne Initiative und auch keine Berufsgruppe kann ihn allein aufhalten. Wir haben aber alle unterschiedliche Fähigkeiten und Möglichkeiten, und wenn wir sie dort einsetzen, wo wir arbeiten und uns engagieren, und uns dabei gegenseitig unterstützen, können wir gemeinsam viel Kraft und Widerstand aufbauen. Mit «Recht Solidarisch» bringen wir unser juristisches Wissen ein. Wir werden den Kampf um Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht allein vor Gericht gewinnen, aber eine rechtswidrige Maßnahme zu verhindern, kann für die Betroffenen einen erheblichen Unterschied machen. Ich danke allen, die im Team so wichtige Arbeit geleistet haben, ihre Erfahrungen mit uns geteilt und an dieser Handreichung gearbeitet

haben.

Clara Bünger ist Juristin, Autorin und Bundestagsabgeordnete. Sie arbeitet zu Asylrecht, sozialer Gerechtigkeit und der autoritären Wende in Europa.